

Der Konflikt zwischen Bismarck und Bodelschwingh*

1. Um die Familienehre

Es waren gerade vierzig Jahre seit der Berliner Revolution von 1848 vergangen. Bei einem „parlamentarischen Essen“ im Februar 1889 hielt Bismarck eine Rede,¹ in der er auf die Vorgänge am 18./19. März 1848 einging. Er wird nicht die Absicht gehabt haben, die Erinnerung an jene Ereignisse wieder zu beleben. Er gedachte ihrer nur als Anknüpfung an die verfassungsrechtlichen Probleme seiner Zeit. In dieser Ansprache schob er die Schuld für die Ereignisse des 19. März 1848 dem damaligen Innenminister Ernst von Bodelschwingh zu. Vor allem machte er ihn haftbar für die Ereignisse, mit denen das alte absolutistische Preußen zu bestehen aufhörte und die Konstitution eingeführt wurde.

„Über das am Freitag gegebene parlamentarische Essen beim Fürsten Bismarck wird berichtet: Es waren 41 Abgeordnete aus sämtlichen Parteien des Landtages geladen [...]

Nach Aufhebung der Tafel bildeten sich verschiedene Kreise, zu denen der Fürst hin und her ging [...] Dabei kam die Unterhaltung auf das monarchische Prinzip. Hieran knüpften sich längere Ausführungen über die Nützlichkeit einer monarchischen Regierung gegenüber einer parlamentarischen. [...] Auch eine Reihe sehr interessanter Erinnerungen aus dem Jahre 1848 wurden vom Fürsten wachgerufen. Insbesondere bemerkte er, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen, wie er sicher wisse, von v. Bodelschwingh veranlaßt worden sei. Bodelschwingh habe den Erlaß der Proklamation durchgesetzt und sei dann mit derselben zu General v. Prittwitz hinuntergegangen und habe diesen angesichts des Inhalts derselben zum Rückzuge veranlaßt. Erst als die letzten Bajonette

* Vortrag vor der „Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburg“ im Berliner Dom am 7. 10. 1993.

¹ Die Ansprache Bismarcks an die Gäste bei dem „parlamentarischen Essen“ am 22. 2. 1889 ist in Bismarcks Werken nicht enthalten. Die Gedanken seiner Ansprache wurden nur von den Zeitungen verbreitet. Die „Kreuzzeitung“ brachte sie am 25. 2. 1889 (Abendausgabe Nr. 94). Einige spätere Darstellungen geben dazu eine unrichtige Quelle an, nämlich Bismarcks „Politische Reden“, hrsg. von Horst Kohl, Bd. 13, 1905, S. 403. Dies ist aber die Ansprache Bismarcks an die 3000 Westfalen, die ihm zum 80. Geburtstag gratulierten, das heißt am 11. 5. 1895, sechs Jahre später. Vgl. Anm. 23.

über die Schloßbrücke abgezogen seien, habe der König Kenntnis von dem Rückzug erhalten.

Prittwitz sei einige Tage darauf bei ihm gewesen und habe ihn gefragt, wie er sich in dieser Lage verhalten haben würde. Und Bismarck habe ihm geantwortet, man komme ja klüger vom Rathaus zurück als man hingegangen sei, aber er würde an Stelle des Herrn v. Prittwitz sicherlich einem Unteroffizier befohlen haben, den Zivilisten (Bodelschwingh) so lange in Verwahrung zu nehmen, bis er seine militärischen Maßnahmen durchgeführt haben werde.“²

Diese Behauptung des Kanzlers wurde nicht nur von den Berliner Zeitungen aufgenommen, sondern war wichtig genug, um von der auswärtigen Presse verbreitet zu werden. Die Rede war nur dem Inhalt nach veröffentlicht worden. Da sie nicht vorher konzipiert worden war, konnte der Kanzler später nicht auf jedes Wort festgelegt werden. Er meinte, daß der Minister v. Bodelschwingh in jenen Tagen die Situation für unhaltbar gehalten habe und daher dem König nahegelegt hätte, die schon seit langem diskutierten Gedanken an eine konstitutionelle Monarchie rechtskräftig zu machen. Friedrich-Wilhelm IV., in jenen Tagen unschlüssig, was er tun sollte, mußte nach Bismarck auf diesen Gedanken eingehen. Mit Nachgiebigkeit wollte er den Berliner Aufruhr überwinden.

Nach Bismarcks Meinung war also die Konstitution, die in Preußen eingeführt werden sollte, die sogenannte „oktroierte Verfassung“, ein Werk des Ministers v. Bodelschwingh. Am 19. März 1848 habe sie der König gebilligt.

So schilderte Bismarck den entscheidenden Vorgang, von dem er selbst im Grunde nichts hielt und den er als völlig „unnötig“ bezeichnete.³ Die Presse, die diese Rede 1889 wiedergab, schloß sich der Meinung des Kanzlers an. Auf die staatsrechtliche Frage ging sie nicht ein. Man war froh, daß es damals in Berlin nicht wie in Paris und Wien zum Bürgerkrieg gekommen war.

Die Zeitungen, die über „das parlamentarische Essen“ vom 22. 2. 1889 und Bismarcks Ansprache berichteten, waren über ganz Preußen und darüber hinaus verteilt. Die Familie von Bodelschwingh mußte den Wortlaut bald in der Hand haben. Einen Bericht hatten nicht nur die Berliner Zeitungen, sondern auch die „Kölnische Zeitung“ gebracht. Der älteste Sohn des 1854 verstorbenen Ministers, Forstmeister Franz v. Bodelschwingh, sandte an die großen Zeitungen Berichtigungen.⁴ Der

² Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung) vom 25. 2. 1889 (Abendausgabe).

³ Gedanken und Erinnerungen, mit Einführung von Th. Heuss, o. J. (1951), 1, S. 110.

⁴ Widerspruch von Forstmeister Franz v. Bodelschwingh: Vgl. Anm. 1 in Bodelschwinghs Briefwechsel I (Bethel b. Bielefeld 1975), S. 237.

jüngste Sohn, Friedrich v. Bodelschwingh, Pastor in Bethel, konnte ebensowenig die Behauptungen des Fürsten Bismarck unwidersprochen lassen. Aber er schlug einen anderen Weg ein.

Am 18. März 1889 schrieb Friedrich v. Bodelschwingh einen Brief an den Fürsten Bismarck und hielt ihm die Unrichtigkeiten seiner Rede vom 22. Februar vor.⁵ Als Begründung seines Einspruches legte er die Abschrift des von seinem Vater am 30. März 1848 eigenhändig an seinen einstigen Kameraden bei den Lützower Jägern, den Geheimrat Fallenstein in Heidelberg, geschriebenen Briefes bei.⁶ Als aber Bismarck auf diese Zusendung zunächst nicht antwortete, bat Bodelschwingh den ihm nahestehenden Geheimrat Hinzpeter in Bielefeld, den einstigen Erzieher Kaiser Wilhelms II., um Rat, wie er weiter verfahren solle.⁷ Dieser riet ihm, bei seinen guten Beziehungen zum Hofe, sich unmittelbar an den jungen Kaiser zu wenden. Diesen Rat befolgte Pastor v. Bodelschwingh auch. Seinem Immediatgesuch fügte er wiederum den Brief seines Vaters bei. Umgehend ließ ihm Kaiser Wilhelm II. durch seinen Kabinettsminister v. Lucanus mitteilen, daß der Brief des Innenministers Ernst v. Bodelschwingh gleich veröffentlicht werden sollte.⁸ Es sollte das Bild der Geschehnisse in der sogenannten März-Revolution richtiggestellt und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, wie es damals zugegangen sei. Die Frage war noch immer aktuell. Jetzt sollten nicht nur Dokumentationen herausgegeben, sondern die bis in die Gegenwart wirksamen Beziehungen klargestellt werden.

Ernst v. Bodelschwingh hatte am 30. März 1848 von dem Familiengut Heyde bei Unna aus in mehreren Ansätzen einen langen Brief an Geheimrat Fallenstein geschrieben.⁹ Trotz der aufregenden Ereignisse, die hinter ihm lagen, wollte er keine private Politik treiben. Auf dem Lande wollte er nur Ruhe finden, andererseits aber auch zeigen, daß er an den Ereignissen noch Anteil nahm. Für das Vaterland einzutreten, hielt er immer für eine unabdingbare Pflicht, und er sah es als seine Schuldigkeit an, über die Ereignisse, an denen er in höchstem Maße Anteil hatte, Rechenschaft abzulegen. Persönlich war er davon überzeugt, daß der König die Konstitution jetzt annehmen mußte. Über diese war in der letzten Zeit schon viel verhandelt worden, so daß der König mit ihr und allen daraus fließenden Folgerungen vertraut war. In seinem Brief betonte der ehemalige Minister, daß die Ausarbeitung des „Patents“ (ursprüngliche Fassung der 1850 „oktroierten“ Konstitution) seine letzte staatsmännische Arbeit gewesen sei. Nach dem Umsturz in

⁵ Friedrich v. Bodelschwingh an Fürst Bismarck, Briefwechsel I, S. 236f.

⁶ Ernst v. Bodelschwingh an Geheimrat Fallenstein, Briefwechsel I, S. 223–235.

⁷ Friedrich v. Bodelschwingh an Kaiser Wilhelm II. am 25. 3. 1889, Briefwechsel I, S. 240.

⁸ Antwort des Kaisers vom 27. 3. 1889, Briefwechsel I, S. 243.

⁹ Ernst v. Bodelschwingh an Geheimrat Fallenstein, vgl. Anm. 6.

Wien sei die Konstitution in Preußen nicht mehr zu umgehen gewesen. „Ich war von der Überzeugung durchdrungen“, heißt es hier, „daß Schritte vorwärts in unsern ständischen Verhältnissen erfolgen mußten, jedoch [...] wie ich schriftlich erklärte, nicht auf eigene Verantwortung, sondern auf Verantwortung des Königs.“¹⁰

Und weiter: „Als die bisherige Festung übergeben war und eine neue Stellung gesucht werden sollte, da war ich [...] ‚verbraucht‘.“ Das habe er dem König gesagt, der ihn zwar überreden wollte zu bleiben, aber seinen Entschluß nicht ändern konnte. v. Bodelschwingh fährt fort: am 16. März habe ihm der Kabinettsminister v. Thile mitgeteilt, daß sich der König von der Richtigkeit der Ansicht seines Ministers überzeugt hätte. Die Unruhe in der Bürgerschaft verkannte er nicht. Noch bestand die Gefahr, daß auch in Berlin die Revolution ausbrechen und die Republik ausgerufen werden könnten. Um dem zuvorzukommen, schrieb v. Bodelschwingh in der Nacht vom 17. zum 18. März das „Patent“ und schickte es nach Bestätigung durch den König den städtischen Oberen Berlins mit der Aufforderung, für Ruhe zu sorgen. Als eine Abordnung des Berliner Magistrats am nächsten Mittag erschien, habe ihr der Minister v. Bodelschwingh das „Patent“ verlesen. Indessen sei aber der Pöbel in den Schloßhof eingedrungen und habe ihn erst losgelassen, als er, ihrer Forderung entgegen, erklärte, er werde sich zerreißen lassen aber nicht dem König raten, die Truppen zurückzuziehen. Im Bericht heißt es weiter: *Die Stadt nahm in Kürze „eine revolutionäre Physiognomie“ an.* Als Barrikaden errichtet wurden, ging das Militär vor. Bis Mitternacht war das Zentrum der Stadt von Soldaten besetzt.

Damit war der Brief an den Geheimrat Fallenstein noch nicht zuende. Er hatte noch etwas Wichtiges zu berichten, was auch später kaum je erwähnt worden ist: „*Da erschien gegen Mitternacht ein vielgenannter Mann, den ich aber nicht nennen will, im Schloß.*“ Der König war durch den Lärm des Straßengefechtes und nun durch den Landrat Georg Freiherrn Vincke, Sohn des westfälischen Oberpräsidenten Ludwig Freiherr Vincke – denn dieser war es – eingeschüchtert. Er schrieb noch eigenhändig an der Proklamation „An meine lieben Berliner“, da dieses Flugblatt gleich gedruckt und mit Tagesanbruch verbreitet werden sollte. Die Truppen sollten sich ruhig verhalten. Die Forderung der Demonstranten, das Militär gänzlich zurückzuziehen, wurde indes im Schloß abgelehnt. Die anwesenden Offiziere zeigten sich teils verbittert, teils schlaff.

Als am Morgen Mitglieder des Berliner Magistrats die die Proklamation des Königs hatten verbreiten helfen, bei v. Bodelschwingh erschienen, teilten sie mit, daß in der Königsstadt mit der Räumung der

¹⁰ Ebd. I S. 225, 226, 228, 229, 231.

Barrikaden begonnen worden sei. Er hatte ihnen im Namen des Königs zu antworten: Auf ihr Wort vertrauend „sollten die Truppen von den Straßen und öffentlichen Plätzen zurückgezogen werden, jedoch das Schloß, die Zeughäuser und andern öffentlichen Gebäude mit starker Hand besetzt bleiben.“ v. Bodelschwingh „fügte hinzu, es sei“ sein „letzter öffentlicher Akt, da“ er „in wenigen Minuten aufhören werde, Minister zu sein.“ Er „erwarte, daß sie des Königs Vertrauen bei dieser“ seiner „letzten Botschaft nicht täuschen würden, was sie mit Tränen versprochen.“

Der Brief schloß mit der Bemerkung, daß der Minister sich gegen 11 Uhr vom König und der Königin im Schloß verabschiedete und dann in sein Haus hinter dem Zeughause ging. Soweit der Inhalt des Briefes, der mit einigen persönlichen Bemerkungen abschloß.

Friedrich v. Bodelschwingh fragte nicht danach, ob der Bericht seines Vaters der Wirklichkeit entsprach. Für ihn war es selbstverständlich, daß er alles Erlebte richtig wiedergab. Er wußte zwar, daß es damals in der politischen Welt, selbst unter den konservativen Kräften, sehr verschiedene Richtungen gab; die revoltierenden lehnte er ab. Dem Brief seines Vaters fügte er aber einige Ergänzungen an, die er aus der Überlieferung seiner Familie nahm:

„Es ist in unserer Familie eine unbestrittene Tatsache, daß Georg v. Vincke gegen Mitternacht vom 18. zum 19. März, nachdem mein Vater das Schloß verlassen, beim König erschien und ihm eine sehr schwarze Schilderung vom Stande der Kämpfe gemacht hat. Kurz darauf hat der König seine Proklamation geschrieben und meinem Vater gegen drei Uhr morgens mit einliegendem Handschreiben zugeschickt.“¹¹

„Meine Großmutter hat einige Tage nachher (ihrem Neffen) Georg v. Vincke in meiner Gegenwart sehr harte Vorhaltungen über sein Benehmen in jener Nacht gemacht, und er hat nicht geleugnet, daß er sich geirrt habe.“¹²

„Wenn mein Vater dem königlichen Befehl Folge geleistet und die Proklamation, an deren Abfassung er nicht den geringsten Anteil hatte, hat drucken lassen, und wenn er [...] darauf gehalten hat, daß das königliche Wort eingelöst und mit der Wegräumung der Barrikaden auch die Truppen zurückgezogen wurden, – so kann doch unmöglich gesagt werden, daß er den Rückzug der Truppen veranlaßt und die Proklamation durchgesetzt habe.“¹³

¹¹ Briefwechsel I, S. 221.

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

„Um 11 Uhr vormittags am 19. verließ mein Vater das Schloß. Um 12½ Uhr war das Gros der Truppen noch zwischen Schloß und Zeughaus [...]“.¹⁴

Die Familie v. Bodelschwingh wartete höchst ungeduldig auf eine Antwort des Kanzlers, die endlich am 23. März 1889 eintraf, den Empfängern aber nicht genügte.¹⁵ Bismarck sprach sich nur für die Veröffentlichung des ihm zugesandten Minister-Briefes vom 30. 3. 1848 aus. Die Brüder Bodelschwingh hatten angenommen, daß Bismarck selbst den Brief veröffentlichen würde. Der Kanzler wollte aber auf die Ereignisse von vor 40 Jahren nicht näher eingehen.¹⁶ Für ihn war der Brief lediglich ein historisches Dokument wie andere auch. Gegenwartsbedeutung maß er ihm nicht mehr bei. Forstmeister Franz v. Bodelschwingh veröffentlichte am 23. 4. 1889 in der „Kreuzzeitung“ diesen Bismarckbrief vom 23. 3. 1889, in dem der Kanzler zugab, sich geirrt zu haben.

Friedrich v. Bodelschwingh wollte keine Staatsaktion daraus machen, er und die Seinen gaben sich zufrieden. Aber: erledigt war die Sache noch nicht.

Nach einem Jahrzehnt fand dieser Konflikt eine Fortsetzung. Als nach Bismarcks Tode sein Erinnerungswerk „Gedanken und Erinnerungen“ (1898) erschien, flammte der Streit erneut auf.¹⁷

Im 1. Bande – die Darstellung beginnt mit der März-Revolution – konnte man die Auseinandersetzung Bismarcks mit Ernst v. Bodelschwingh in einem anderen als dem oben geschilderten Sinne lesen. Bismarck hatte hier sein Gespräch mit dem Kommandierenden General v. Prittwitz aufgenommen, in dem er seine frühere Auffassung wiederholte, als hätte der Minister v. Bodelschwingh den Abzug der Truppen vom Schloßplatz veranlaßt und dadurch den König Friedrich-Wilhelm IV. in die Hände der Revolutionäre gegeben. In einer Anmerkung war allerdings auch zu lesen, daß der Verfasser den Brief des Pastors Friedrich v. Bodelschwingh vom 8. 11. 1891 in der Kreuzzeitung noch gelesen habe.¹⁸

Zu dieser schiefen Darstellung brauchten die Brüder Bodelschwingh nicht erneut Stellung zu nehmen. Denn inzwischen hatte ihr Vetter Gustav v. Diest zu diesem Vorfall eine Dokumentation erscheinen lassen unter dem Titel: „Meine Erlebnisse im Jahr 1848 und die Stellung des

¹⁴ Briefwechsel I, S. 222.

¹⁵ Briefwechsel I, S. 238.

¹⁶ Briefwechsel I, S. 244.

¹⁷ Gedanken und Erinnerungen, S. 47.

¹⁸ Gedanken und Erinnerungen, S. 48; Bismarck schrieb: „Bemerkungen Bodelschwinghs vom 8. 11. 91 (Kreuzzeitung Nr. 539 vom 18. 11. 1891) sind mir bekannt.“

Staatsministers v. Bodelschwingh vor und nach dem 18. März 1848“.¹⁹ Die Schrift brachte den Beweis, daß der König damals seine Haltung selbst verantwortete. Es wurde eindeutig festgestellt, daß den Staatsminister keine Schuld am Untergang Alt-Preußens traf, den Bismarck in seinem ganzen Leben nicht verwunden hat. Die Selbstrechtfertigung des Fürsten fand keine Zustimmung. Für seine starre Haltung war kein Verständnis bei den Betroffenen vorhanden, zumal er den Schwerpunkt der Auseinandersetzung verschob.

In den „Gedanken und Erinnerungen“ rechtfertigt sich Bismarck damit, daß ihn in den Wochen nach den geschilderten Ereignissen immer wieder Personen besuchten, die sich über ihr Verhalten nach dem 18. März 1848 aussprechen wollten oder ihm Wahrnehmungen mitteilten. Darunter wären sehr verschiedene Leute gewesen, vom Polizeipräsidenten bis zu schlichten Bauern. Der Wahrheitsgehalt ihrer Worte kann nicht festgestellt werden. Außer den Generalen v. Prittwitz und v. Hedemann (dem Schwiegersohn Wilhelm v. Humboldts) werden keine Namen genannt. Die Urteile über General v. Prittwitz lauten verschieden.²⁰ In einem Artikel in der „Magdeburger Zeitung“ wurde am 30. 3. 1889 von Franz v. Bodelschwingh geäußert, daß die Berliner nichts erkämpft hätten. Da der König freiwillig gehandelt habe, wären die Handlungen vom 18./19. 3. 1848 zum mindesten „überflüssig“ gewesen.²¹

Friedrich v. Bodelschwingh erfuhr noch 1895/96 von zwei Äußerungen des Fürsten über seinen Vater, die ihn mit Genugtuung erfüllten. Als zu seinem 80. Geburtstag eine Abordnung aus Westfalen in Friedrichsruh erschien, sagte der Fürst zu ihr bei der Huldigungsfeier: *„Der Vereinigte Landtag von 1847 [dem Bismarck seinerzeit angehörte] hatte als hervorragende Persönlichkeiten zwei Westfalen, beide verwandt, beide Landleute und beide Gegner, die sich dort bekämpften. Ich bin mit keinem politisch vollständig einverstanden gewesen, aber ich erkenne sie als vollkräftige Männer an und als ehrliche Gegner und Freunde.“*²²

Im Jahre 1896 berichtete der Neffe Friedrich v. Bodelschwinghs, Forstassessor Franz v. Bodelschwing, seinem Onkel von einem Besuch, den er zusammen mit Gustav v. Diest (einem Vetter des Betheler Pastors) bei dem bekannten Berliner Historiker, Professor Heinrich v. Treitschke, gemacht hatte, um diesem das oben genannte Material über die Ereignisse des 18./19. März 1848 zu überbringen. Letzterer war hochofrenut

¹⁹ Berlin 1898, 79 S.

²⁰ G. Heinrich, Berlin 1848, Erinnerungen des Generalleutnants K. L. v. Prittwitz (Veröff. d. Hist. Komm. Berlin, Bd. 1), Berlin 1984.

²¹ O. Perthes, Beiträge zur Geschichte der Märztage 1848, – in: Preußische Jahrbücher, Band 63 (1889), S. 527–543.

²² Briefwechsel I, S. 239.

über den Besitz solcher „wichtigen und historisch denkwürdigen Schriftstücke, die ihm die Schilderung der auch ihm noch so dunklen Geschichte der Berliner Märztage erleichtern würden“. Seine Absicht konnte Treitschke nicht mehr verwirklichen, da er bald darauf starb.²³

Wie heutzutage so war es auch damals vielen verwunderlich, in welchem Maße subjektive Eindrücke aus dem Miterleben politischer Ereignisse auf den Gang der Dinge bestimmend einzuwirken vermögen. Die Verschiedenartigkeit des Wahrnehmens durch die Zeitgenossen schlägt sich natürlich in der Überlieferung nieder, die daher stets der kritischen Würdigung durch den Historiker bedarf.

Wie Treitschkes Reaktion zeigt, verehrten viele seiner Zeitgenossen den Staatsminister Ernst v. Bodelschwingh. So wurde ihm an der Stelle, an der er als Offizier der Freiwilligen Jäger bei Freyburg a. d. Unstrut durch eine französische Kugel schwer verwundet und nur wie durch ein Wunder am Leben geblieben war, ein Denkmal errichtet. Bei der Einweihung am 13. 7. 1896 sprach sein jüngster Sohn, der Betheler Pastor, und zeigte der großen Versammlung die zerschossene Uniform des Vaters.²⁴

2. Um die soziale Frage

Als die soziale Frage in der Ära Bismarcks immer akuter und durch das „Sozialistengesetz“ (1878) verschärft wurde, waren nicht nur die Arbeiter, sondern weite Kreise des deutschen Volkes, auch konservative Politiker und kirchliche Praktiker in Anspruch genommen. In Bewegung gerieten alle diejenigen, die mit dieser Frage direkt oder indirekt verbunden waren. Länger als zwei Jahrzehnte bestimmte sie die Politik und die öffentliche Meinung. Schon die siebziger Jahre waren davon erfüllt.

Die durch Stoecker angeregte Schrift des brandenburgischen Pfarrers Rudolf Todt (1877) hatte weite Kreise gezogen.²⁵ In ihr wurde gefordert, daß die evangelische Kirche als „Gewissen des Staates“ wirken und die Gesetzgebung mit christlichem Geiste durchdringen sollte. Die politischen Richtungen, die sich in dieser Frage berührten, konnten sich dennoch nicht einigen. Der „Zentralverein für Sozialreform“²⁶ und

²³ M. Gerhardt und A. Adam, Friedrich v. Bodelschwingh, Ein Lebensbild aus der deutschen Kirchengeschichte, Bd. 2, Bethel b. Bielefeld 1952/58, S. 251.

²⁴ Vgl. G. v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen, Berlin 1904, S. 540; M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 252.

²⁵ R. Todt, Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft, Versuch einer Darstellung des sozialen Gehaltes des Christentums und der sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft aufgrund einer Untersuchung des Neuen Testaments, Berlin 1877.

²⁶ „Zentralverein für Sozialreform auf religiöser und konstitutioneller Grundlage.“ Vgl. M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 220.

verschiedene neuentstandene Gruppen und Publikationsorgane, die in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt wurden, vermochten auch keine Einigung herbeizuführen. Die Kämpfe wurden von Jahr zu Jahr härter und schärfer.

Auf die Ereignisse, die mit dem Bismarckschen Sozialwerk in Beziehung stehen, und auf die Entwicklung der sozialen Frage speziell in Preußen müssen wir einen Blick werfen. Ohne auf die politische Seite dieser Frage einzugehen, soll hier die eingangs erwähnte Episode des Jahres 1889 beleuchtet werden, die nur als eine Randerscheinung aufgetreten war, trotzdem aber für die handelnden Personen und ihre Bestrebungen typisch erscheint.

Bismarck war in dieser Periode nicht immer die Hauptperson, gerade wenn sich die Linien seiner eigenwilligen Politik nicht im Vordergrund deutlich abzeichneten. Auch in unserem Falle steht er am Rande und erscheint als Unbeteiligter. Und doch ist es der ganze Bismarck!

In den sozialen Kämpfen stießen Bismarck und Bodelschwingh mehrfach zusammen. Die Kulturkampfgesetze hatten für die Arbeit Bodelschwinghs weitreichende Bedeutung. Wie überall in den evangelischen Gebieten hatte das Zivilstandsgesetz von 1872 die größte Wirkung. Vor allem war das in den ländlichen Gebieten der Fall.

Im November 1874 hielt Bodelschwingh auf der Ravensberger Konferenz für Innere Mission einen Vortrag,²⁷ in dem er ausführte, daß bei dem bequemen Staatssozialismus alle inneren Werte erkalten müßten. Er brauchte sehr deutliche Worte. „*Gott verhüte*“, rief er aus, „*daß alle Elenden, Taubstummen, Blinden, Epileptischen durch Staatssteuern unterhalten werden. Das wäre ein großes Unglück!*“ „*Der Steuerzettel soll nicht an die Stelle der Barmherzigkeit treten.*“ Er trat auch für ein Verbot der Sonntagsarbeit und für eine Begrenzung der Arbeitszeit ein, die damals bis zu 11 bzw. 12 Stunden betrug. Dieses sollte vor allem für die Arbeiter und die Lehrlinge gelten. Eine vom „Centralausschuß für die Innere Mission“ 1877 vorgelegte Eingabe zu diesen Fragen wurde zwar vom Kanzler abgelehnt, aber als akute Frage verstanden. Die Lösung dieser Frage sollte aber nicht kirchenfeindlichen Gruppen überlassen bleiben.

Bismarcks Kampf mit der Sozialdemokratie hat die soziale Frage in diesen Jahren stark überschattet. Die Bemühungen kirchlicher Kreise, die Not der Industriearbeiter zu lindern, waren unter diesen Umständen sehr erschwert. Alle freundlichen Anreden, so z. B. Bismarcks Rede über den Arbeiterschutz vom 9. Januar 1882 druckte Bodelschwingh in seiner Zeitschrift „Der westfälische Hausfreund“ vollständig ab.²⁸ Als parteilo-

²⁷ M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 215f.

²⁸ M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 224f.

ser Konservativer setzte er sich stark für die Belange der Arbeiterschaft ein. Er war nicht der einzige. In der Evangelischen Kirche herrschte Verbitterung über die schroffe Kirchenpolitik des Kanzlers. Als tapferer Mann hatte Bodelschwingh auf der 2. Preußischen Generalsynode die durch staatliche Maßnahmen heraufbeschworenen Zustände und Nöte zur Sprache gebracht und weitgehende Zustimmung erfahren.²⁹

Als in diesem Jahre (1885) im Reichstag die Anträge über den Arbeiterschutz behandelt wurden, kam auch der Antrag über das Verbot der Sonntagsarbeit in den Fabriken zur Sprache. Diesen Antrag, um den sich Bodelschwingh seit Jahren bemüht hatte, brachte Bismarck zu Fall. Seinen Widerspruch begründete er mit dem Hinweis, daß in vielen Betrieben die Sonntagsarbeit unverzichtbar sei. Auch brächte für die Arbeiter das Verbot der Sonntagsarbeit einen erheblichen Lohnausfall und bedeutete insgesamt Nachteile für die deutsche Industrie. Daraufhin wurde dieser Entwurf einer besonderen Kommission überwiesen und blieb dort begraben.³⁰

Bodelschwingh setzte bei der Notwendigkeit an, gegen das Branntweintrinken anzugehen. Eine Denkschrift darüber, die er kurz vor der Generalsynode geschrieben hatte, faßte alle seine Sorgen zusammen. Er hatte sie auch dem Kronprinzen zugeschickt. Im Begleitbrief führte er aus, daß in Westfalen der Städtetag bereits eine Kommission gebildet habe, die diesen „*Verwüster des Volkslebens*“ bekämpfen sollte.³¹ Abgesehen von der Branntweinfrage berichtete er in diesem Brief auch von anderen Nöten, die behoben werden mußten. Die Tatsachen, auf die er hinwies, entnahm er einem Reisebericht von Otto Perthes.

Da die (faktisch) vom Staat geleitete evangelische Kirche nicht initiativ werden konnte, war die Innere Mission und waren die Kommunen allein in der Lage, lindernd einzugreifen.

Außer der Trunksucht war es vor allem die Wohnungsnot, die Bodelschwingh anprangerte. Beide Fragen hingen miteinander zusammen. Die um sich greifende Trunksucht brachte Arbeiterfamilien in äußere Not und führte den sozialen Abstieg herbei. Auf der Generalsynode von 1885 sprachen sich alle Generalsuperintendenten für Bodelschwinghs Anträge aus, die zum Beschluß erhoben wurden. Das staatlich

²⁹ M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 239 ff. – Auf Antrag v. Bodelschwinghs wandte sich die Generalsynode gegen die katholischerseits beanspruchte katholische Erziehung der Kinder in gemischten Ehen; Bismarck wehrte diesen Angriff auf seine Politik zur Beendigung des Kulturkampfes ab, indem er die vorgesehene ausgleichende Kommission nicht zustande kommen ließ.

³⁰ Vgl. W. Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung, Braunschweig 1951, S. 168, zit. nach E. Engelberg, Bismarck, Das Reich in der Mitte Europas, München 1993 (dtv 30346), S. 343.

³¹ Briefwechsel I, S. 156–158; der Brief datiert vom 9. 2. 1885.

kontrollierte Kirchenregiment (der Ev. Oberkirchenrat) lehnte sie ab. Bismarck dachte juristisch; für praktische Not hatte er keinen Sinn.

Wieder stand Bodelschwingh allein. Im April 1885 gründete er den „Deutschen Verein Arbeiterheim“ und rief in ganz Deutschland zum Beitritt auf. Es meldeten sich nicht nur einzelne Personen und Familien, sondern auch ganze Gemeinden. Die entscheidende Frage war für alle die Beschaffung des Kapitals für den Wohnungsbau. Bodelschwingh äußerte dazu: es gäbe kein Kapital, das sicherer angelegt wäre als beim kleinen Mann.

Der frühere Regierungspräsident von Merseburg (Provinz Sachsen), Gustav v. Diest berichtete, daß er am 13. 12. 1883 eine herrliche Feier miterlebt habe, die Einweihung der Arbeiterkolonie Seyda. Es hatte viel Arbeit gekostet, ehe die Kolonie zustande kam. Die Anregung dazu stammte von Bodelschwingh. Als v. Diest einwenden wollte, er kenne niemanden in Sachsen-Anhalt, der etwas der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf³² ähnliches aufbauen könnte, rief ihm Bodelschwingh zu: „Du bist der Mann!“ Dieser Zuruf saß. In den Erinnerungen v. Diests heißt es: *„Ich entschloß mich, eine Versammlung der bedeutendsten Männer der Provinz nach Halle einzuladen. Weit über hundert Herrn folgten dieser Einladung. Mit dem angesprochenen Ziel waren alle einverstanden, aber ebenso mit dem Zweifel, wie das Geld dafür zu beschaffen sei. Da erhob sich der Fabrikbesitzer Dehne (jetzt Geh. Kommerzienrat) und erbot sich zu einem Geschenk von 30 000 Mark. Der Jubel war groß. Es konnte gleich mit dem Bau begonnen werden. Der Grund wurde vom Fiskus gepachtet (jährlich 1 000 Mark), der jährliche Ertrag betrug fortan 40 000 Mark.“*³³

Als die Statuten des „Vereins Arbeiterheim“ vorlagen, stellte Bodelschwingh den Antrag, der Kanzler möge aus dem Rest seines Jubiläumsfonds eine Spende an den Verein machen, was den Zielen der „Kaiserlichen Botschaft“ entsprechen würde. Die Begründung, der Arbeiter würde durch das eigene Heim unabhängiger vom Fabrikherrn, behagte dem Kanzler nicht und paßte nicht in sein Regierungsprogramm. Er hielt diesen Grundsatz für bedenklich. Daher lehnte er den Antrag ab.³⁴

Als sich zunächst kein Erfolg einstellen wollte, schrieb Bodelschwingh am 19. 4. 1887 einen bekümmerten Brief an seinen väterlichen Freund, den Abgeordneten Hans v. Kleist-Retzow. Er erinnerte an die Zeiten, in denen die Könige sich der Kirche annahmen und ihr weitgehende Zusagen machten. Er wollte keineswegs eine paritätische Behandlung erreichen. *„Der Staat mag die katholische Kirche noch so vollpfrop-*

³² in der Senne bei Bielefeld.

³³ G. v. Diest, a. a. O., S. 502 ff.

³⁴ Vgl. E. Engelberg, a. a. O., S. 343.

fen mit Gold und Freiheiten, als er will, das ist mir ganz einerlei – doch die Stunde ist gekommen, wo wir es als einen Verrat an den uns anvertrauten Schätzen und namentlich an den uns anvertrauten Menschenseelen ansehen würden, wenn wir es ferner zuließen, daß der konfessionslos gewordene Staat sich die Leitung der evangelischen Kirche anmaßte [...] Man muß es Bismarck ins Gesicht sagen, daß wir die evangelische Kirche, von deren Bedürfnissen er nichts versteht, nimmermehr den Rücksichten der Politik opfern.“³⁵ Bodelschwingh durchschaute damals die Motive Bismarcks nicht und übertrieb. Der greise v. Kleist-Retzow antwortete, daß auch ihn die Haltung Bismarcks betrübe. „Sie hängt zusammen mit seinem ganzen Christentum, welches er durch Sekten übernommen hat, von separierten Lutheranern und Gichtelianern, so daß ihm die Erkenntnis der evangelischen Kirche als einer heiligen Organisation fehlt.“ Ratschläge vermochte ihm Kleist-Retzow nicht zu geben.³⁶

Die gesamte Innenpolitik des Jahres 1889 stand im Zeichen der sozialen Frage. Während der junge Kaiser eine sozialpolitische Initiative vorbereitete und sich insbesondere zu einem Arbeitsschutzgesetz rüstete, betrieb Bismarck seinen Kampf gegen den Sozialismus und trat für eine unbegrenzte Verlängerung des Sozialistengesetzes ein, das im folgenden Jahr ausgelaufen wäre. Der Kampf um diese Gesetze spitzte sich daher zu.

Die Gesetzgebung des Kulturkampfes war zwar reduziert, aber nicht völlig aufgehoben. Innerhalb der evangelischen Kirche bestand immer noch die Verbitterung über die Kirchenpolitik Bismarcks. Wie bereits angeführt, hatte Bodelschwingh 1885 an der 2. Preußischen Generalsynode teilgenommen und dort an der Diskussion über soziale Probleme eifrig mitgearbeitet. Die Generalsynode war ja die einzige Stelle, an der er seine grundsätzlichen Bedenken gegen die Gegenwartsfrage anbringen konnte. Die Synode war mit ihm voll einverstanden und erhob seine Überlegungen zu Beschlüssen. Aber der Ev. Oberkirchenrat als staatsgebundene Behörde mußte diese ablehnen. Den führenden Männern der Generalsynode, die sonst Einfluß besaßen, gelang es nicht, auf die Regierung einzuwirken. Auch als 1887 v. Kleist-Retzow im preußischen Herrenhaus diesen Versuch unternahm, konnte er nichts ausrichten.³⁷

Bodelschwingh erinnerte sich noch lange, in welcher Lage er sich befand, als der Staat nach dem Kulturkampf eine neue Richtung einschlug. Wie sollte er der Arbeiterfrage begegnen, wenn er vom Staat keine Hilfe erfuhr? Den Staatssozialismus Todtscher Prägung konnte er nicht billigen. Sein Artikel „Zur sozialen Frage“ befaßte sich mit der

³⁵ Briefwechsel I, S. 167–169.

³⁶ Briefwechsel I, S. 238–245.

³⁷ M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 246.

Wohnungsnot der Arbeiter.³⁸ Dabei versuchte er tiefer zu graben, als es von staatlicher Seite geschah. Bodelschwingh machte keine frommen Redensarten, sein Ansatz lag bei konkreten Problemen wie Armenpflege und Wohnungsnot. Hier mußte er sich an den Staat wenden. Aber bei Bismarck hatte er keine Unterstützung zu erwarten. Dem Kanzler galten die christlich-sozialen Bemühungen nichts. Was sollte Bodelschwingh tun, als Bismarck all seine Gesuche ablehnte? Bisher hatte er sich in seiner Bedrängnis immer an den Hof wenden können. Die Erkrankung des Kronprinzen hatte eine andere Lage geschaffen. Die Spannungen zwischen Staat und Kirche blieben bestehen.

Die soziale Frage war so schnell nicht aus der Welt zu schaffen. Sie war ein Zeitproblem geworden. Bodelschwingh stand weiterhin der Regierung Bismarck allein gegenüber. Akut wurde die Spannung in der Frage der „Wanderarmen“. Bodelschwingh bemühte sich darum, „Wanderarbeitsstätten“ zu schaffen. Es gelang ihm, alle mit diesem Problem befaßten Instanzen vom Ministerium bis zur Kommunalbehörde dem Sozialwerk der Wanderarmenfürsorge zuzuführen. Das bisher freiwillige Fürsorgewerk schien aber bedroht. Es konnte nur durch ein Gesetz gerettet werden.

Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung wurde zuerst in Westfalen anerkannt. Weithin waren aber die Behörden, vom Oberpräsidenten bis zum Bürgermeister, ratlos. Vielfach bestanden noch Mißverständnisse. Auf Bodelschwinghs Veranlassung wurde an das Staatsministerium der Antrag gestellt, die erforderlichen Maßnahmen für die Wanderarmen zu treffen. Bodelschwingh schrieb eine Denkschrift „Ein Notschrei zugunsten einer Gesetzesvorlage zum Schutz der Wanderarmen“.³⁹ Darin hieß es: „*Wir wollen keine Asyle für Landstreicher, sondern das Gegenteil dazu: Arbeitsvermittlungsstätten.*“ Es ging um Fürsorge für den ehrlichen Arbeiter, damit er nicht zum Landstreicher würde, und zugleich um ein gerechtes Einschreiten gegen Arbeits-scheue.

Aus den Antworten der Abgeordneten, an die die Denkschrift gelangte, schöpfte Bodelschwingh die Hoffnung, daß „noch in diesem Jahr“ der Staatsregierung der Gesetzesentwurf vorgelegt werden könnte. Meinungsverschiedenheiten der Abgeordneten verhinderten diesen Weg. Das vorbereitete Gesetz fiel ins Wasser. Auch Bodelschwinghs publizistische Arbeit hat Bismarck nicht erwärmen können. Es war die Broschüre „Eigenes Heim auf eigener Scholle“,⁴⁰ die die Richtung angab, die Bodelschwingh als die notwendige erkannt hatte. Die soziale Ent-

³⁸ Ebd. 2, S. 273 ff.

³⁹ Ebd. 2, S. 293.

⁴⁰ Ebd. 2, S. 308.

wicklung anzugeben vermochte er nicht. Der alternde Bismarck hatte eine andere Richtung eingeschlagen, und die Hilfsmaßnahmen des Hofes reichten nicht aus.

Bodenschwingh behielt seine soziale Aufgabe immer im Auge. Auch die Ereignisse mit seinem Freunde Adolf Stoecker ermutigten ihn nicht. Er blieb auf seine Weise christlich-sozial. Die Klagen über Bismarcks Kirchenpolitik verstummten indessen nicht. Sie erreichten auch den Hof der Kronprinzessin. Auf ihre Veranlassung kam 1887 die „Waldensee-Versammlung“ zustande, über deren Verlauf, Stimmung und Zielsetzung der dort anwesende Sohn Bismarcks seinem Vater berichtete.

Bodenschwingh hatte bald nach der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. sich mit einem Gesuch an ihn gewandt. Er erinnerte, wie tatkräftig sein Vater und sein Großvater für die Kirche gesorgt hatten, hatte doch Kaiser Friedrich III. die Statuten der „Kaiser-Wilhelm-Spende“ geändert und dadurch Mittel dem „Verein Arbeiterheim“ gewährt. Nun bat Bodenschwingh den jungen Kaiser, das Protektorat über diese Einrichtung zu übernehmen (2. 3. 1889). Dieses Amt übernahmen die Kaiserin und später die Kronprinzessin.⁴¹

Mit Bismarck erfolgte kein Ausgleich. Seine Behandlung der sozialen Frage trug immer mehr zur Entfremdung bei. An dieser Stelle lag der Gegensatz offen dar. Die grundsätzlichen Gegensätze waren nicht zu überbrücken. War der Liberalismus daran schuld?

Als Gustav v. Diest den Kampf weiter fortsetzen wollte, winkte Bodenschwingh ab. *„Der alte Bismarck“*, schrieb er 1897, *„steht jetzt so nahe vor Gottes Gericht, und wir beide haben auch nicht mehr weit hin. Da müssen wir ja sowieso offenbar werden, da bleibt nichts liegen, es wird alles offen.“*⁴²

Bismarck war 1898 gestorben. Bodenschwingh vertrat seine sozialen Anschauungen noch einige Jahre im Preußischen Landtag und erreichte noch vieles. Ganz verhindern konnte Bodenschwingh die Fortsetzung des Kampfes nicht. Seine Verwandten, Gustav v. Diest und der Neffe Franz v. Bodenschwingh, hielten sich nicht an die Mahnung des Betheler Pastors, zumal sich um sie noch viele andere scharten, die ebenso dachten. Nach Bismarcks Tod blieb für den Reichsgründer allein die Heldenverehrung übrig, die Abneigung gegen sein einseitiges und eigenwilliges Wesen blieb nicht lange bestehen.

⁴¹ M. Gerhardt u. A. Adam, a. a. O., S. 234.

⁴² Bodenschwingh an G. v. Diest; der Brief datiert vom 9. 12. 1898. – Der jüngere Diest veröffentlichte dennoch sein Buch *„Berichtigungen und Unwahrheiten in den Erinnerungen des Fürsten Bismarck“* (Zürich 1899). Ebenso verhielt sich Franz v. Bodenschwingh. Seine Kritiken sammelte er in der Schrift *„Betrachtungen eines Patrioten über Bismarck und seine Zeit“* (Berlin 1899).

Bismarck handelte nur vom Standpunkt des Rechtes aus. Daß es eine praktische soziale Frage sei, entging ihm. In der Weise Bodelschwings konnte er sie nicht angreifen. Auch nach seiner Entlassung ist er darauf nicht mehr eingegangen.

Die soziale Frage ging ins neue Jahrhundert über. Als Landtagsabgeordneter vermochte Bodelschwing über die Volksvertreter das Ziel seines jahrelangen Kampfes mit dem „eisernen Kanzler“ für die sozial Minderbemittelten, für die Wanderarmen und für viele andere bleibende Erfolge zu erreichen. „Staatsdenken“ und Güte ließen sich damals wie heute nicht vereinigen.